




Änderung des GFNP, Teil B der Begründung: Umweltbericht

Änderung-Nr.:		54 E		Gemeinde:	Essen		Lage:	Oberhauser Straße -ehem. Gartencenter-		Flächengröße:	ca. 0,9 ha				
Realnutzung:		Gewerbliche Bauflächen 0,8 ha (Kleinstflächen unter 0,05 ha werden nicht aufgelistet.)		GFNP-Darstellung:		Flächen für Landwirtschaft 0,9 ha		GFNP-Änderung:		Wohnbauflächen 0,9 ha					
Ausschnitt Realnutzungskartierung				M 1:25.000		Ausschnitt Plankarte GFNP				M 1:25.000		Ausschnitt Plankarte GFNP-Änderung		M 1:25.000	
															
<p>Geobasisdaten der Kommunen und des Landes NRW © Geobasis NRW 2016, Hinweis: ältere Ausgabe der TK50</p>				<p>Geobasisdaten der Kommunen und des Landes NRW © Geobasis NRW 2016, Hinweis: ältere Ausgabe der TK50</p>				<p>Geobasisdaten der Kommunen und des Landes NRW © Geobasis NRW 2016, Hinweis: ältere Ausgabe der TK50</p>							
Veranlassung, Methodik		<p>Die Umweltprüfung erfolgt entsprechend der für den GFNP anzuwendenden rechtlichen Vorgaben des Baugesetzbuches (gem. § 2 Abs. 4 BauGB) in der jeweils geltenden Fassung. Des Weiteren sind für die Umweltprüfung entsprechende umweltrelevante Fachgesetze anzuwenden.</p> <p>Gegenstand der Umweltprüfung ist die Ermittlung und Beschreibung der voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter sowie auf weitere Umweltbelange durch die Darstellungen der vorgesehenen GFNP-Änderung. Hierbei ist der Umweltzustand, seine Entwicklung bei Nichtdurchführung sowie bei Durchführung der Planung einschließlich Alternativen bzw. anderweitige Planungsmöglichkeiten zu beurteilen. Die Verpflichtung zur Berücksichtigung von Vermeidung und Ausgleich von Eingriffen in Natur und Landschaft (Eingriffsregelung nach dem Bundesnaturschutzgesetz) gemäß § 1 a Abs. 3 BauGB ist in die Umweltprüfung integriert, ebenso wie die Überprüfung relevanter weiterer Umweltbelange (z.B. FFH- und Artenschutz, Seveso III etc.). Die in Anlage 1 zum BauGB unter 2 b) einschließlich der dort unter den Buchstaben aa) bis hh) aufgeführten Anforderungen werden - sofern zutreffend und für diese Planungsebene relevant - einzelfallbezogen jeweils bei den einzelnen Schutzgütern mit abgehandelt.</p>													

	<p>Die Umweltprüfung der vorliegenden Änderung des GFNP erfolgt auf der Grundlage einheitlicher Bewertungskriterien und Datengrundlagen, die im Rahmen der Aufstellung des am 03. Mai 2010 in Kraft getretenen RFNP entwickelt und bei Bedarf fortgeschrieben werden. Die Inhalte und Ergebnisse der Umweltprüfung werden in diesem Umweltbericht, der Bestandteil der Begründung zur GFNP-Änderung ist, steckbriefartig dokumentiert.</p> <p>Zur Vorbereitung der Umweltprüfung wurde ein sog. Scoping zur Abstimmung des Umfangs und des Detaillierungsgrades mit den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange sowie Personen des Privatrechts durchgeführt (17.01. - 17.02.2023/24.01. - 24.02.2023). Die hier gegebenen Anregungen haben - soweit sinnvoll und möglich - Eingang in die Umweltprüfung bezüglich des Untersuchungsrahmens bzw. -umfangs sowie bei der Festlegung des Untersuchungsraumes gefunden. Der Untersuchungsraum umfasst die Änderungsfläche sowie das Umfeld, je nach Relevanz für die jeweiligen Schutzgüter bis zu einer Entfernung von 1.600 m.</p>
Beschreibung des Plangebietes	<p>Der 0,9 ha große Änderungsbereich liegt im Stadtbezirk IV im Stadtteil Frintrop unmittelbar an der Stadtgrenze zu Oberhausen. Er umfasst die Fläche eines ehemaligen Gartencenters an der Oberhauser Straße, das aus wirtschaftlichen Gründen 2015 aufgegeben wurde und seitdem brach liegt. Derzeit sind ca. 50 % der Grundstücksflächen durch Gebäude, Parkplätze, Wege und Hofflächen versiegelt. Im hinteren, nördlichen Bereich des Änderungsbereichs befinden sich Gewächshäuser und angelegte Pflanzbeete. In den Randbereichen ist eine Anpflanzung durch Bäume und Sträucher vorhanden. Die Siedlungsstruktur im westlichen und südlichen Umfeld ist relativ homogen durch eine Wohnbebauung, bestehend aus freistehenden Einfamilienhäusern und Doppelhäusern, geprägt. Im Osten grenzt unmittelbar an den Änderungsbereich eine große Grün- und Waldfläche entlang des Läppkes Mühlenbachs an, die durch Fuß- und Radwege erschlossen ist. Das nördlich gelegene Grundstück wird als Weideland genutzt.</p> <p>Im Gemeinsamen Flächennutzungsplan (GFNP) wird der Änderungsbereich als Fläche für die Landwirtschaft dargestellt.</p> <p>Für den Änderungsbereich besteht durch den rechtskräftigen Bebauungsplan S14 Gr.II Nr.54a-e: „Im Nierfeld, Lebberg, Hexberg“ des Siedlungsverbands Ruhrkohlenbezirk aus dem Jahr 1969 verbindliches Planungsrecht. Der Bebauungsplan setzt den Grundstücksbereich als Fläche für Landwirtschaft im östlichen Bereich bzw. Fläche für Forstwirtschaft im westlichen Teil fest. Zusätzlich enthält der Bebauungsplan die Verbandsgrünfläche Essen Nr. 8 als vermerkte Darstellung. Bei dem rechtskräftigen Bebauungsplan handelt es sich aufgrund der fehlenden Festsetzungen von Art und Maß der baulichen Nutzung und der überbaubaren Grundstücksflächen um einen einfachen Bebauungsplan.</p>
Beschreibung des Vorhabens	<p>Die Fläche des Änderungsbereichs ist als potenzielle Wohnbaufläche im vom Ausschuss für Stadtentwicklung und Stadtplanung (ASP) am 19.11.2015 beschlossenen Konzept „Bedarfsgerechte Flächenentwicklung“ der Stadt Essen enthalten. Am ehemaligen Standort eines Gartencenters an der Oberhauser Straße ist die Realisierung einer Wohnbebauung mit ca. 25 Hauseinheiten geplant. Da sich die geplante Nutzung nicht aus der Darstellung im Gemeinsamen Flächennutzungsplan entwickeln lässt, soll eine Änderung in Wohnbaufläche erfolgen. Die vorhandenen Festsetzungen des rechtskräftigen Bebauungsplans stehen der angestrebten Entwicklung einer ergänzenden Wohnbebauung entgegen, daher ist parallel zur GFNP-Änderung die Aufstellung eines Bebauungsplans erforderlich [Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 10/19 „Oberhauser Straße 156 (ehem. Gartencenter)“].</p>
Ziele des Umweltschutzes	<p>In Kapitel 3 des Umweltberichtes zum RFNP (i. d. F. der Bekanntmachung) sind die wesentlichen umweltrelevanten Zielvorgaben beschrieben, die auch für die Änderungen des GFNP von Belang sind. Zusätzlich zu den in Kap. 3 des Umweltberichtes genannten Zielvorgaben ist gemäß §1a (5) BauGB den Erfordernissen des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel Rechnung zu tragen. Zu den umweltrelevanten Zielen und Grundsätzen des am 08.02.2017 in Kraft getretenen Landesentwicklungsplans (LEP NRW) – zuletzt geändert durch die Verordnung zur Änderung des LEP, die mit der Veröffentlichung im Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes NRW am 01.05.2024 in Kraft getreten ist – wird auf Teil A der Begründung zu dieser GFNP Änderung verwiesen. Die Ziele des Umweltschutzes auf Ebene der EU, des Bundes, des Landes und der Kommunen in der jeweils aktuellen Fassung haben im Rahmen der folgenden Schutzgutprüfungen Eingang in die Bewertungskriterien und Beurteilungsgrundlagen gefunden. Diese sind damit Grundlage der Bewertung der Umweltauswirkungen bei den einzelnen Schutzgütern.</p>

Freiraumbezogene Festlegungen des Regionalplans Ruhr	Im Regionalplan Ruhr (RP Ruhr) liegt der Planbereich im Übergangsbereich zwischen einem Allgemeinen Siedlungsbereich (ASB) und einem Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich, der mit den Freiraumfunktionen Regionaler Grünzug und Bereich zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung überlagert ist. Die Regionalplanungsbehörde hat im Rahmen des Verfahrens bestätigt, dass die geplante GFNP-Änderung 54 E Oberhauser Straße (ehem. Gartencenter) auf Grund der Bereichsunschärfe des Regionalplans Ruhr im Einklang mit den Zielen der Raumordnung steht.		
Schutzgüter	Ist-Zustand der Umwelt Bestand	Auswirkungen der Planung Planung	Bewertung der Umwelt-auswirkungen
Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, Landschaft	Darstellungen des Landschaftsplans Der Änderungsbereich liegt im Entwicklungsraum 2.1 „Im Nierfeld“ des Landschaftsplanes der Stadt Essen vom 06.04.1992. Entwicklungsziel ist die Anreicherung einer im Ganzen erhaltenswürdigen Landschaft mit naturnahen Lebensräumen und mit gliedernden und belebenden Elementen. Für den Entwicklungsraum 2.1 „Im Nierfeld“ sieht der Landschaftsplan Essen vor, dass der Raum mit Lebensstätten zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes anzureichern ist. Es handelt sich um einen intensiv ackerbaulich genutzten Talboden des unteren Hexbachtals mit weitgehend ausgeräumter Feldflur und ausgebautem Bachlauf. Bedeutendste Raumfunktion ist die landwirtschaftliche Produktion. Weitere wichtige Raumfunktionen sind Klimaverbesserung und Grundwasserneubildung. Zu den zu verbessernden und zu entwickelnden Raumfunktionen zählen der Arten- und Biotopschutz sowie die naturnahe Erholung. Raumfunktionen von geringerer Bedeutung beziehungsweise nur kleinräumig ausgebildete Raumfunktionen sind die naturnahe Erholung, die Filterung von Sickerwässern und die Pufferung von Schadstoffen im Boden.	Verkleinerung des Entwicklungsraums 2.1 „Im Nierfeld“ des Landschaftsplans der Stadt Essen vom 06.04.1992	erheblich
	Schutzstatus kein Schutzstatus	keine Auswirkungen	
	Biotopverbund Der Änderungsbereich grenzt unmittelbar an die Biotopverbundfläche VB-D-4507-015 „Renaturierter Teilabschnitt Läppkes Mühlenbach“. Gemäß der „Handreichung zu Ziel 2-3 des Landesentwicklungsplans NRW (LEP NRW)“ des Landeswirtschaftsministeriums in Verbindung mit dem Urteil des Verwaltungsgerichts Arnsberg vom 28. Januar 2013 (8 K 2887/11) und dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen vom 30. September 2014 (8 A 460/13) hat die Gemeinde wegen der maßstäblichen Unschärfe der Planungsebene einen Interpretationsspielraum. Gemäß der	keine Auswirkungen	

	<p>zuvor genannten Handreichung in Verbindung mit dem Urteil des Oberverwaltungsgerichtes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 30. September 2014 (8 A 460/13) (Randnummer 131) kann der Interpretationsspielraum sich auch aus Planänderungen oder Aufstellungsunterlagen ergeben. Die Biotopfläche liegt nicht im Unschärfebereich der GFNP-Änderung und ist nicht von der Änderung betroffen.</p>		
	<p>Planungsrelevante Arten Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Arten ist mit der gebotenen Sicherheit auszuschließen. Ob planungsrelevante Arten betroffen sein könnten, wurde im Rahmen einer Artenschutzprüfung im nachgeordneten Verfahren ermittelt.</p>	<p>Voraussichtlich keine Auswirkungen. Die anlässlich des nachgeordneten Verfahrens durchgeführte Artenschutzprüfung hat zum Ergebnis, dass unter Berücksichtigung von Schutz- und Vermeidungsmaßnahmen das Eintreten von artenschutzrechtlichen Verbotstatbeständen nach § 44 Absatz 1 Bundesnaturschutzgesetz ausgeschlossen werden kann (siehe Erläuterungen unter Punkt „Maßnahmenempfehlungen für nachgelagerte Verfahren“).</p>	
	<p>Wald nicht vorhanden</p> <p>Gemäß der „Handreichung zu Ziel 2-3 des Landesentwicklungsplans NRW (LEP NRW)“ des Landeswirtschaftsministeriums in Verbindung mit dem Urteil des Verwaltungsgerichts Arnsberg vom 28. Januar 2013 (8 K 2887/11) und dem Urteil des Oberverwaltungsgerichtes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 30. September 2014 (8 A 460/13) hat die Gemeinde wegen der maßstäblichen Unschärfe der Planungsebene einen Interpretationsspielraum. Gemäß der zuvor genannten Handreichung in Verbindung mit dem Urteil des Oberverwaltungsgerichtes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 30. September 2014 (8 A 460/13) (Randnummer 131) kann der Interpretationsspielraum sich auch aus Planänderungen oder Aufstellungsunterlagen ergeben. Die Fläche liegt nicht im Unschärfebereich der GFNP-Änderung und ist somit nicht von der Änderung betroffen. Der nördlich der Oberhauser Straße zwischen Läppkes Mühlenbach und dem ehemaligen Gartencenter befindliche Wald (östlichen Bereich des Flurstücks 182, Gemarkung Frintrop, Flur 18) wird nicht in den Änderungsbereich einbezogen. Die Waldfläche, welche nicht in den Änderungsbereich einbezogen ist, wird im Süden von der Oberhauser Straße begrenzt und erstreckt sich von der Oberhauser Straße aus bis maximal 48 Meter in nördliche Richtung.</p>	<p>Da der betreffende Waldbereich von der Änderung ausgenommen ist, sind keine Verluste der Funktionen die dieser Wald erfüllt (insbesondere Biotop- und Artenschutz) oder sonstige Beeinträchtigungen zu erwarten.</p>	

	Unzerschnittene verkehrsarme Räume (LANUV 2015) nicht betroffen	keine Auswirkungen
	Freiflächenverbund - Kulisse Emscher Landschaftspark 2020+: - Kulisse Masterplan emscherzukunft: - Kommunaler Freiflächenverbund (Themenkarte 2 GFNP): - Kommunale Freiraumentwicklungskonzepte: Gemäß „Masterplan Emscher Landschaftspark 2010“ gehört der Änderungsbereich zur Grundfläche des Emscher Landschaftsparks.	An einer schon vorhandenen Engstelle des Emscher Landschaftsparks erfolgt durch die Planänderung in „Wohnbauflächen“ potenziell eine Verfestigung von für Freiflächen untypischen Nutzungsstrukturen (erhebliche Auswirkungen).
	Ausgleichsflächen keine Ausgleichsflächen betroffen.	keine Auswirkungen
	Ökologisches Potenzial Der überwiegende Anteil des Änderungsbereiches ist versiegelt oder bebaut. Ausgenommen ältere Einzelbäume, weist das Gebiet keine besondere Strukturvielfalt auf. Aufgrund der bisherigen gewerblichen Nutzung des Gebietes, weisen die Flächen in ihrem jetzigen Zustand keine ökologischen Funktionen von besonderer Bedeutung auf.	Vor dem Hintergrund, dass der betreffende Änderungsbereich Bestandteil eines Freiraumbereiches ist (Entwicklungsraum 2.1 gemäß Landschaftsplan Essen), bestünde bei Nutzungsverzicht und Rückbau der baulichen Anlagen ein großes ökologisches Entwicklungspotenzial.
	Landschaftsbild / Ortsbild Das Landschaftsbild wird durch die bisherige Flächennutzung als Gartencenter bestimmt. Gehölzbestände schirmen die gewerbliche Nutzung nur teilweise und insgesamt unzureichend gegenüber angrenzenden Bereichen ab.	Durch Entfall von Gehölzstrukturen und Errichtung weiterer Gebäude/bauliche Anlagen würde das Landschaftsbild in Teilbereichen beeinträchtigt. Unter Berücksichtigung der bisherigen gewerblichen Nutzung sind die Auswirkungen insgesamt nicht erheblich.
	Erholung keine Eignung als Erholungsfläche	Der Verfahrensbereich war für die Allgemeinheit nur eingeschränkt nutzbar (keine Auswirkungen).
	Fazit	In einem überwiegend durch gewerbliche Nutzung vorbelasteten Landschaftsraum soll eine wohnbauliche Nutzung ermöglicht werden. Die schutzgutbezogenen Auswirkungen sind dementsprechend überwiegend nicht erheblich. Auswirkungen auf verfahrenskritische Arten wurden in der vorliegenden Artenschutzprüfung – unter Berücksichtigung von Schutz- und Vermeidungsmaßnahmen – ausgeschlossen. Da der Änderungsbereich aber auch den Entwicklungsraum 2.1 „Im Nierfeld“ des Landschaftsplans der Stadt Essen betrifft und eine schon vorhandene Engstelle des Emscher Landschaftsparks durch die Planänderung in „Wohnbauflächen“ durch für Freiflächen untypischen Nutzungsstrukturen potenziell verfestigt wird, sind die Auswirkungen insgesamt erheblich. Um einer Verfestigung der Einengung des Emscher Landschaftsparks entgegen zu wirken, sollte im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung eine Grünzone als verbindendes Element gesichert werden. Um das Eintreten artenschutzrechtlicher

	Verbotstatbestände nach § 44 (1) BNatSchG zu vermeiden, sind einschlägige Schutz- und Vermeidungsmaßnahmen im nachgelagerten Bebauungsplanverfahren erforderlich.		
Fläche	Revitalisierung von Brachflächen Die Fläche ist überprägt durch die ehemaligen, gewerblich genutzten Flächen eines Gartencenters mit Gebäuden, Gewächshäusern und entsprechenden Nebenanlagen. Die Zulässigkeit der Nutzung als Verkaufsanlage mit Bürogebäuden (Gartencenter) wurde 1972 auf der Grundlage des § 30 Abs. 3 BauGB (Einfacher B-Plan) sowie nach § 35 Abs. 2 BauGB beurteilt. Die dafür notwendigen Befreiungen (B-Plan, Landschaftsschutz) wurden erteilt. Der Betrieb wurde 2015 aufgegeben.	Im Sinne des sparsamen und schonenden Umgangs mit Boden sind ausschließlich durch vormalige Nutzung überprägte Flächen durch das Änderungsvorhaben betroffen.	nicht erheblich
Fazit	Für das Schutzgut Fläche sind mit der Planänderung keine erheblichen Beeinträchtigungen zu erwarten, da ausschließlich bereits baulich genutzte Flächen in Anspruch genommen werden.		
Boden	Schutzwürdige Böden Nicht vorhanden, da die Fläche gewerblich vorge­nutzt wurde.	keine Auswirkungen	positiv
	Bodenbelastungen Fläche wird im Altlastenkataster nicht geführt. Aufgrund der früheren gewerblichen Nutzung wird die Fläche des Änderungsbereichs als „Verdachtsfläche auf schädliche Bodenveränderungen“ eingestuft.	Im Rahmen nachgelagerter Verfahren ist mit Auflagen der UBB zu rechnen, insbesondere zur gefahrlosen Nutzung zukünftiger Freiflächen.	
	Sonstiges - keine Hinweise auf bergbauliche Einwirkungen. - Hinweise auf Bombenabwürfe aufgrund Luftbildauswertung Kampfmittelbeseitigungsdienst BR Düsseldorf	- keine Auswirkungen - Aufnahme eines entsprechenden Hinweises im parallellaufenden Bebauungsplanverfahren	
	Schutzwürdige Geotope keine	keine Auswirkungen	
Fazit	Durch die Neunutzung wird eine teilweise Entsiegelung einer vormals gewerblich genutzten Fläche erreicht. Im Rahmen der nachgelagerten Verfahren ist die Geeignetheit des anstehenden Bodens für die zukünftige Nutzung zu prüfen und ggfls. herzustellen. Die Umweltauswirkungen durch das Vorhaben auf das Schutzgut Boden sind als positiv zu bewerten.		
Wasser	Oberflächengewässer keine Oberflächengewässer in der Änderungsfläche vorhanden	keine Auswirkungen	nicht erheblich
	Quellgebiete keine Quellgebiete vorhanden	keine Auswirkungen	
	Wasserschutzgebiete kein Schutzgebiet vorhanden	keine Auswirkungen	
	festgesetztes Überschwemmungsgebiet kein Überschwemmungsgebiet vorhanden	keine Auswirkungen	
	Hochwassergefahren außerhalb von Überschwemmungsgebieten kein Überflutungsbereich gem. § 74 WHG vorhanden	keine Auswirkungen	

	Einflussnahme auf Grundwasserhaushalt Versiegelungsgrad bleibt gleich bzw. wird etwas geringer gegenüber Bestand	Auswirkungen nicht erheblich	
	mittlerer Grundwasserflurabstand GW Flurabstand > 3 m, lokal > 2,5 m (östlicher Randbereich); Eintauchen von Gebäuden nur im Fall von Bodeneinbauten tiefer als 2,5 m unter derzeitige GOK möglich	Auswirkungen nicht erheblich	
Fazit	Es sind keine erheblichen Auswirkungen auf das Schutzgut Grundwasser und Oberflächengewässer zu erwarten. Es sind keine Hochwassergefahren zu erwarten.		
Luft	Lufthygienische Belastungsschwerpunkte Das Vorhaben befindet sich innerhalb der Umweltzone von Essen im Luftreinhalteplan Teilplan West. Es liegen keine Hinweise auf grenzwertüberschreitende Luftbelastungen (NO2, PM10, PM2,5) im Bereich der Änderungsfläche vor. Es befindet sich keine LUQS-Station im Umfeld und gemäß Belastungskarte (2012) ist hier keine grenzwertüberschreitende Schadstoffbelastung zu erwarten.	Es wird durch die GFNP-Änderung nicht mit der Entstehung neuer Belastungsschwerpunkte sowie Grenzwertüberschreitungen gerechnet.	nicht erheblich
	Einschätzung lufthygienische Gesamtsituation Insgesamt ist im Ist-Zustand der Änderungsfläche nicht mit einer Grenzwertüberschreitung zu rechnen.	Durch die GFNP-Änderung wird die Errichtung von Wohnbebauung ermöglicht. Hierdurch ist mit einer potenziellen Zunahme des Quell- und Zielverkehrs zu rechnen. Aufgrund der Ausgangssituation wird jedoch nicht mit einer daraus resultierenden Grenzwertüberschreitung gerechnet. Es wird darauf hingewiesen, dass die gesetzlichen Grenzwerte u.a. für NO2, PM10 und PM2,5 in naher Zukunft angepasst werden. Zum jetzigen Zeitpunkt kann nicht eingeschätzt werden, ob die neuen Grenzwerte zukünftig eingehalten werden.	
	Durchlüftungsverhältnisse Gemäß Klimaanalysekarte ist die Änderungsfläche dem Gewerbeklima zuzuordnen. Die offene Wohnbebauung entlang der Oberhauser Straße begünstigt einen Luftaustausch im betrachteten Gebiet und im Umfeld.	Je nach Bauweise, kann der bisherige Luftaustausch durch eine offene Bebauung bestehen bleiben.	
	Fazit	Insgesamt sind die Umweltauswirkungen der Planung auf das Schutzgut Luft und auf die lufthygienische Situation, unter Berücksichtigung der aktuellen gesetzlichen Grenzwerte, als unerheblich einzuschätzen. Jedoch muss die aktuelle Entwicklung im Bereich der gesetzlichen Grenzwerte im Laufe des Verfahrens Berücksichtigung finden. Durch die Änderungen kann es zu einer deutlich schlechteren Einschätzung der lufthygienischen Gesamtsituation sowie der Belastungsschwerpunkte kommen.	
Klima	Last- und Ausgleichsräume Die Änderungsfläche ist laut Klimaanalyse 2022 dem klimatischen Lastraum des Gewerbeklimas zugeordnet. Das direkte Umfeld ist geprägt durch Park-, Wald- und Stadtrandklimatope.	Mit Realisierung der Planung wird sich die Klimatopzuordnung voraussichtlich in Richtung Stadtrand- bzw. Stadtklima entwickeln.	nicht erheblich

	Klimatope und deren Eigenschaften Gewerbeklimatope sind geprägt durch einen hohen Versiegelungsgrad und geringe Grünflächenanteile. Die Emissionsstruktur ist stark abhängig von der Art der gewerblichen Nutzung (hier: ehemaliges Gartencenter). Aufgrund des hohen Versiegelungsgrads kann es zu langanhaltenden nächtlichen Wärmebelastungen kommen. Tagsüber ist ein erhöhtes Belastungspotenzial durch Hitzestress und Schwüle möglich. Fehlende Verschattungsstrukturen durch verdunstungsaktive Baumkronen fördern die Hitze- und Wärmebelastung zusätzlich. Aufgrund der aktuellen Realnutzung ist ein geringerer Versiegelungsgrad als bei klassischen Gewerbegebieten zu verzeichnen. Durch den vereinzelter Baumbestand innerhalb der Änderungsfläche (Verschattung, Verdunstung) kommt es zu einer tendenziell geringeren Wärmebelastung als bei klassischen Gewerbeklimatopen.	Mit Umsetzung des Planvorhabens ist mit keiner Verschlechterung der bioklimatischen Gesamtsituation zu rechnen.	
	Klimadynamik / Luftaustauschprozesse Innerhalb der Änderungsfläche sind keine speziellen Klimafunktionen erkennbar. Östlich der Änderungsfläche verläuft ein von Süd nach Nord gerichteter Kaltluftvolumenstrom.	Es ist eine leichte Zunahme der Rauigkeit partiell möglich. Eine Barrierebildung für Luftaustauschprozesse infolge des Änderungsvorhabens ist potenziell möglich, jedoch in seinen Auswirkungen auf das Stadtklima als unerheblich zu werten.	
	Klimafolgenanpassung Allgemein ist mit fortschreitendem Klimawandel mit einer Zunahme der Sommertage, Heißen Tage und Tropennächte zu rechnen. Zurzeit weist die Fläche diesbezüglich keinen besonderen Anpassungsbedarf auf, da es sich zum größten Teil um eine gewerbliche Brache mit geringer Aufenthaltsqualität handelt. Innerhalb des Änderungsbereichs befinden sich keine Oberflächengewässer. Östlich an den Änderungsbereich angrenzend verläuft der „Läppkes Mühlenbach“.	Eventuell ist eine leichte Verbesserung hinsichtlich der Temperatur- und Strahlungsextreme durch geringfügig niedrigere Versiegelungsraten möglich. keine Hochwassergefährdung	
	Im Falle eines 100-jährigen Starkregenereignisses ist mit einem maximalen Wasserstand von bis zu 0,5 Metern innerhalb des Änderungsbereichs zu rechnen (s. Starkregenkarte). Im Änderungsbereich ist keine hitzesensible Bevölkerung betroffen. Es sind keine hitzesensiblen Einrichtungen vorhanden.	Keine Gefährdung des Änderungsbereichs durch Starkregenereignisse erkennbar. Mit Umsetzung der Planung ist keine Erhöhung der Hitzeentwicklung zu erwarten.	
	Klimaschutz Der Änderungsbereich ist der ÖPNV-Qualität Zone 3 zugeordnet.	Die Einhaltung des GEG bildet den Mindeststandard zur Reduzierung des Energieeinsatzes und von Emissionen. Energetische Optimierungen sind im nachgelagerten Verfahren	

	Entlang des „Läppkes Mühlenbach“ verläuft eine Radverkehrsanlage des Typs HR2.	entsprechend des „Leitfadens für eine energetisch optimierte Planung“ zu prüfen.	
Fazit	Der Änderungsbereich des Vorhabens wurde in der Vergangenheit gewerblich genutzt und ist dementsprechend dem Klimatotyp „Gewerbeklima“ zugeordnet. Durch den vereinzelt Baumbestand innerhalb der Änderungsfläche kommt es zu einer tendenziell geringeren Wärmebelastung als bei klassischen Gewerbeklimatopen. Mit Umsetzung der Planung wird sich der Versiegelungsgrad potenziell geringfügig verringern. Es wird davon ausgegangen, dass sich innerhalb des Änderungsbereichs der Klimatotyp „Stadtrand- bzw. Stadtklima“ ausbilden wird. Dementsprechend werden die Auswirkungen durch das Planvorhaben auf das Schutzgut Klima als nicht erheblich eingestuft. Der Änderungsbereich liegt in der ÖPNV-Qualität Zone 3 und ist an das örtliche Radverkehrsnetz angeschlossen. Für das Plangebiet besteht keine Hochwassergefährdung. Im Falle eines 100-jährigen Starkregenereignisses ist mit einem maximalen Wasserstand von bis zu 0,5 Metern innerhalb des Änderungsbereichs zu rechnen. Zur Minderung potenziell negativer Umweltauswirkungen und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels sollten für die künftigen Nutzungen im nachgeordneten Verfahren vorsorglich Maßnahmen festgelegt werden, die zur Klimaanpassung gegenüber Hitze- und Starkregenereignissen beitragen. Weitere Maßnahmen zur Vermeidung und Minderung von Beeinträchtigungen, insbesondere der Erhalt und die Entwicklung von positiv klimawirksamen Flächen sowie energetischen Optimierungen, sind im parallelen Bebauungsplanverfahren zu prüfen.		
Mensch, Gesundheit, Bevölkerung	Umweltfaktoren mit Auswirkungen auf Menschen und ihre Gesundheit		erheblich
	Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, Landschaft Die Fläche des Änderungsbereiches war für die Allgemeinheit nur eingeschränkt nutzbar und hat keine Eignung als Erholungsfläche.	keine Auswirkungen	
	Boden Auf Grund der früheren gewerblichen Nutzung wird die Fläche des Änderungsbereichs als „Verdachtsfläche auf schädliche Bodenveränderungen“ eingestuft.	Durch die Neunutzung wird eine teilweise Entsiegelung einer vormals gewerblich genutzten Fläche erreicht. Im Rahmen der nachgelagerten Verfahren ist die Geeignetheit des anstehenden Bodens für die zukünftige Nutzung zu prüfen und ggfls. herzustellen.	
	Wasser kein Überschwemmungsgebiet, kein Trinkwasserschutzgebiet, keine Trinkwassernotbrunnen vorhanden	keine Auswirkungen	
	Luft keine Hinweise auf eine erhöhte Schadstoffbelastung	keine Auswirkungen	
	Klima Die Änderungsfläche ist laut der Klimaanalyse 2022 dem Gewerbeklimatop zuzuordnen. Aufgrund des hohen Versiegelungsgrads von Gewerbegebieten in Kombination mit einem geringen Grünflächenanteil besteht in diesen Gebieten die Gefahr von Hitzebelastungen. Aufgrund der aktuellen Realnutzung, die einen höheren Grünanteil als klassische Gewerbegebiete aufweist, kann von einer geringeren	In Folge des Änderungsverfahrens kommt es im Rahmen der zulässigen Entwicklung voraussichtlich zu einem tendenziell geringerem Versiegelungsgrad als im Bestand. Somit sind keine negativen Auswirkungen des Vorhabens in Bezug auf die bioklimatische Gesamtsituation (insb. Hitzebelastung) zu erwarten.	

	Hitzebelastung als bei klassischen Gewerbegebieten ausgegangen werden.		
	Lärm Das betrachtete Gebiet ist durch Lärm vorbelastet. Aus den Berechnungen der Lärmkartierung, nach EU Umgebungslärmrichtlinie 2002/49/EG, ergeben sich folgende Lärmwerte: Straßenlärm: LDEN > 65 dB(A), LNight > 50 dB(A). Durch den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 10/19 „Oberhauser Str. 156 (ehemaliges Gartencenter)“ liegt ein Lärmgutachten des Ingenieurbüro Stöcker vor, indem der Prognose-Null-Fall für das Jahr 2030 berechnet wurde. Die Karte 07 zeigt, dass über den Tag von 6-22 Uhr über das Grundstück hinaus (in das angrenzende Ruhige Gebiet hinein) 55 dB(A) möglich sind. Das Ruhige Gebiet zeichnet Lärmwerte unter 55 dB(A) über den Gesamttag (LDEN) aus. Es wird jedoch davon ausgegangen, dass die Werte über den Gesamttag von 2030 im Prognose-Null-Fall das Ruhige Gebiet nicht gefährden. Das zum nachgelagerten Planvorhaben vorgelegte Lärmgutachten kommt zu dem Schluss, dass im Änderungsbereich bereits erhebliche Lärmeinwirkungen aus Verkehrslärm durch Emissionen bestehender Verkehrswege vorhanden sind. Hierbei werden die Orientierungswerte der DIN 18005 für Reine Wohngebiete überschritten. Die am höchsten belasteten Bereiche liegen tagsüber bis zu 16 dB und in der Nacht bis zu 18 dB über den Orientierungswerten.	In Folge des Änderungsverfahrens kann potenziell neuer Quell- und Zielverkehr ausgelöst werden, wodurch die Lärmwerte steigen können. Wird in dem Gebiet im Rahmen der Weiterentwicklung des Änderungsbereichs eine Straße errichtet, sind die Vorgaben des Lärmaktionsplans zu berücksichtigen. Des Weiteren ist das angrenzende Ruhige Gebiet potenziell gefährdet. Ruhige Gebiete wurden durch den Rat der Stadt Essen beschlossen und müssen vor Lärm geschützt werden.	
	Sonstige Emissionen / Immissionen: Allgemein: Trennungsgrundsatz nach § 50 BImSchG		
	Seveso III Fläche liegt nicht im Achtungs- bzw. angemessenen Sicherheitsabstands eines Seveso III-Betriebes. Der Änderungsbereich liegt mit ca. 1.500 m Entfernung außerhalb des angemessenen Abstands des Betriebsbereichs der Air Liquide Deutschland GmbH von 1300 m auf dem Gebiet der Stadt Oberhausen.	Planungsrelevante Risiken und Gefahren von Störfallbetrieben sind nicht zu erwarten. Mit der GFNP-Änderung zu Wohnbauflächen wird planerisch kein Heranrücken schutzbedürftiger Nutzungen an einen Störfallbetrieb vorbereitet.	
	Abstandsklassen I-IV gem. Abstandserlass 2007 Fläche liegt nicht im Einflussbereich von Betrieben der Abstandsklassen I-IV gemäß Abstandserlass 2007.	keine Auswirkungen	
	Einzelbeurteilungen von Emissionen und Immissionen		
	Erschütterungen keine Hinweise	keine Auswirkungen	

	Licht keine Hinweise	keine Auswirkungen	
	Geruch keine Hinweise	keine Auswirkungen	
	Elektromagnetische Felder Östlich des Änderungsbereichs verläuft eine 110 kV-Hochspannungsleitung der West Netz GmbH.	keine Auswirkungen	
	Sonstiges keine Ergänzungen	keine Auswirkungen	
Fazit	Aufgrund der potenziellen Einwirkungen, hier durch Straßenlärm, auf die menschliche Gesundheit erfolgt eine Einstufung der möglichen Umweltauswirkungen für das Schutzgut als erheblich. Die Empfehlungen zu Lärmschutzmaßnahmen im nachgelagerten Bebauungsplanverfahren tragen zu einer Minderung der Auswirkungen bei. Soweit im Rahmen der nachgelagerten Planungen Konflikte mit Störfallbetrieben erkennbar werden, sollen diese durch entsprechende Festsetzungen ausgeräumt werden. Darüber hinaus sind keine erheblichen Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch, Gesundheit, Bevölkerung durch das Änderungsvorhaben zu erwarten.		
Kulturgüter und sonstige Sachgüter / Kulturelles Erbe	Kulturgüter		nicht erheblich
	rechtskräftig geschützte Baudenkmäler keine	keine Auswirkungen	
	rechtskräftig geschützte Bodendenkmäler keine	keine Auswirkungen	
	rechtskräftig geschützte Denkmalbereiche keine	keine Auswirkungen	
	Denkmalwerte Sachen / Sachgesamtheiten keine	keine Auswirkungen	
	Gestaltungssatzungen keine	keine Auswirkungen	
	Archäologische Fundstellen keine	keine Auswirkungen	
	Geschützte oder schützenswerte Objekte der Route der Industriekultur keine	keine Auswirkungen	
	Kulturlandschaftsbereich kein Bereich / kein Element	keine Auswirkungen	
	Sonstige Sachgüter		
	Landwirtschaft keine landwirtschaftliche Nutzung	keine Auswirkungen	

	Infrastruktur - Gebäude und Gewächshäuser des ehemaligen Gartencenters - südlich (außerhalb): Telekommunikationslinie der Telekom - östlich (außerhalb): 110 kV Hochspannungsleitung	Überplanung und Verlust der bestehenden Gebäude; Keine Auswirkungen auf die Leitungstrassen bei entsprechender Berücksichtigung der Lage bzw. der Schutzabstände	
Fazit	Die Auswirkungen auf das Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter/Kulturelles Erbe werden trotz des Verlustes der bestehenden Anlagen als nicht erheblich eingestuft.		
Natura 2000 / FFH-Prüfung	keine Betroffenheit		nicht relevant
Risiken / Auswirkungen im Fall schwerer Unfälle oder Katastrophen	Prüfung Seveso III Die Fläche liegt nicht im Achtungs- bzw. angemessenen Sicherheitsabstand eines Seveso III-Betriebes		nicht relevant
	Leitungstrassen gem. Rohrfernleitungsverordnung Im Plangebiet oder seiner Umgebung sind keine Rohrfernleitungen gemäß Rohrfernleitungsverordnung vorhanden.		
	Hochwassergefährdung Potenzielle Risiken für die menschliche Gesundheit, das kulturelle Erbe oder die Umwelt bestehen nicht.		
	Erdbebengebiet Der Änderungsbereich liegt außerhalb von Erdbebenzonen.		
Fazit	Zurzeit sind keine Risikofaktoren für zu erwartende schwere Unfälle oder Katastrophen ersichtlich.		
Wechselwirkungen und kumulative Auswirkungen	Aus der Betrachtung der Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern ergeben sich keine zusätzlichen Gesichtspunkte für die Bewertung der Umweltauswirkungen. Kumulative Wirkungen durch sonstige Planungen im engen räumlichen Zusammenhang werden im nachgelagerten Verfahren geprüft.		
Auswirkungen bei Nichtdurchführung der Planung	Bei Nichtdurchführung der Planung ist ein Erhalt des bestehenden Zustands zu erwarten. Der derzeitige Umweltzustand wie für die einzelnen Schutzgüter beschrieben, bliebe damit weitgehend erhalten.		
Maßnahmen zur Vermeidung, Verhinderung, Verringerung und zum Ausgleich	Maßnahmenempfehlungen für nachgelagerte Verfahren: - Festsetzung einer privaten, teilweise mit Gehölzen bestandenen Grünfläche am östlichen Rand des Änderungsbereichs, - Begrünungsmaßnahmen: Ein- und Durchgrünung der Fläche (z.B. durch Baumpflanzungen), Begrünung von Gebäuden (z.B. durch Dach- und Fassadenbegrünung) - Beschränkung von Rodungsarbeiten auf den Zeitraum vom 01.10. bis zum 28./29.02. eines Jahres und Auflagen zum Abriss der Gebäude und zur Beseitigung der Teichanlage - Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen für gebäudebewohnende Fledermäuse und Vögel (z. B. Haussperling und Mauersegler) - Anlage nicht gehölzbestandener betrieblicher Freiflächen als möglichst arten- und blütenreiche Wiesen (mit sog. Regio-Saatgut) - vorzugsweise Wahl einheimischer und für den Standort geeigneter Arten bei gehölzbestandenen Flächen - fledermaus- bzw. insektenfreundliche Beleuchtung von Gebäuden, Gehwegen und Straßen - Prüfung der Geeignetheit des Bodens für die zukünftige Nutzung - Maßnahmen zur Rückhaltung und Speicherung von Regenwasser - Einleitung anfallenden Niederschlagswassers in den Läppkes Mühlenbach - Prüfung von energetischen Optimierungen gemäß Leitfaden - Untersuchung der Zunahme des Verkehrsaufkommens im weiteren Umfeld und der daraus resultierenden Immissionsbelastung - Einhaltung eines Mindestabstandes von 34 Metern zwischen Bebauung und dem Läppkes Mühlenbach, um Beeinträchtigung der Funktion des Biotopverbundes entlang des Läppkes Mühlenbaches zu vermeiden und bestehende ökologisch, funktionale Verbindung vom Läppkes Mühlenbach und dem südlich angrenzenden Hexbachtal nicht zu beeinträchtigen		

	<p>- Erstellung eines Schallschutzgutachtens und Prüfung erforderlicher Lärmschutzmaßnahmen: Gültige Grenzwerte liegen vor, wenn es gemäß der 16. BImSchV zu einer wesentlichen Änderung oder den Neubau einer Straße kommt (§1 und §2). Der Rat der Stadt Essen hat am 27.09.2017 den Lärmaktionsplan 2017 beschlossen. Hierbei wurden Zukunftsziele festgelegt, u.a.: „Beim Neubau von Straßen sollen bei städtischen Bauleitplanverfahren mindestens bei Krankenhäusern, Schulen, Kurgebieten, reinen und allgemeinen Wohngebieten die freiwilligen Lärmziele aus der Bewerbung der „Grünen Hauptstadt Europas“ von 55 dB(A) am Tag und 45 dB(A) in der Nacht angestrebt werden. Diese Lärmwerte liegen unterhalb der gesetzlichen Bestimmungen der 16. BImSchV.“ Die niedrigeren Werte aus dem Lärmaktionsplan sind für die Stadt Essen bindend. Des Weiteren muss geprüft werden, wie das angrenzende ruhige Gebiet gesichert und vor Lärm geschützt werden kann, damit es in seiner Größe erhalten bleibt. Die Lärmproblematik ist auf der B-Plan-Ebene durch folgende Maßnahmen lösbar: z. B. architektonische Selbsthilfe, Zonierung / Gliederung der Baugebiete, aktiver und passiver Lärmschutz.</p>
Alternativenprüfung	<p>Die Fläche des ehemaligen Gartencenters liegt seit Jahren brach. Um einem potenziellen städtebaulichen Missstand entgegen zu wirken, soll sie einer neuen, bedarfsgerechten Nutzung zugeführt werden. Entsprechend der überwiegenden Prägung des städtebaulichen Umfeldes bietet sich stadtplanerisch eine Nachnutzung als Wohngebiet an. In der Vergangenheit wurde auch über die Errichtung einer Senioreneinrichtung nachgedacht. Dies fand in den politischen Gremien jedoch keine Zustimmung und wurde daher verworfen. Ein Rückbau der bestehenden Anlagen und eine Renaturierung des Geländes sind nicht zu erwarten. Ein Ankauf für die Freiraumplanung durch die Stadt ist auf Grund der kommunalen Haushaltslage nicht möglich. Um eine Inanspruchnahme von Freiraum an anderer, funktionsfähigerer Stelle zu vermeiden, soll städtebaulich der bedarfsgerechten Versorgung mit Wohnbauflächen als Folgenutzung des ehemaligen Gartencenters der Vorrang eingeräumt werden.</p>
Monitoring	<p>Nach § 4 c des Baugesetzbuches und dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (§ 45 UVPG) sind die erheblichen Auswirkungen der Durchführung der Pläne und Programme auf die Umwelt zu überwachen, um insbesondere frühzeitig unvorhergesehene, negative Auswirkungen zu ermitteln und geeignete Abhilfemaßnahmen ergreifen zu können. Das Monitoringkonzept für den GFNP (Gesamtplan) ist so aufgebaut, dass mit Hilfe von unterschiedlichen Bausteinen die gesamträumlichen Auswirkungen der Planung erfasst werden können (siehe auch Kapitel 11.2 des Umweltberichts im Rahmen der Aufstellung des RFNP i. d. F. der Bekanntmachung).</p> <p>Der erste Baustein umfasst die Ermittlung und Bewertung der steuerungsrelevanten Daten und Indikatoren. Bei der Durchführung des Monitorings wird dann im Einzelfall überprüft, ob die in der genehmigten Fassung festgelegten Überwachungsinstrumente oder Indikatoren an neue Erkenntnisse anzupassen sind. Es können jeweils nur die Indikatoren herangezogen werden, für die zu dem Zeitpunkt des Monitorings aktuelle Informationen vorliegen. Indikatoren sind u. a. die Änderung der Flächengröße bei Schutzgebieten, die Inanspruchnahme naturnaher u. schutzwürdiger Böden sowie die Veränderung der Bodenbelastung, der Gewässerzustände / Qualitäten, der lufthygienischen Situation, der klimatischen Last- und Ausgleichsräume, der Lärmsituation, von Bau- u. Bodendenkmälern und Kulturlandschaftsbereichen, des Verhältnisses Siedlungs- u. Verkehrsflächen zu Freiflächen der Realnutzung.</p> <p>Der zweite Baustein nutzt die Absichtung von Informationen über potenzielle Umweltauswirkungen aus nachgeordneten Planverfahren. Die Durchführung des GFNP erfolgt in nachgeordneten, konkretisierenden Planungs- und Realisierungsstufen, sodass (unvorhergesehene) erhebliche Umweltauswirkungen frühestens im Rahmen der nachfolgenden Planungsstufen erkennbar werden und erst mit deren Durchführung tatsächlich eintreten. Detaillierte Überwachungsmaßnahmen können somit erst im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung bzw. nachfolgenden Planungs- u. Genehmigungsebenen festgelegt werden. Sofern sich eine Relevanz ergibt, fließen die dortigen Ergebnisse wiederum in das Monitoring zum GFNP ein.</p> <p>Der dritte Baustein des Monitorings umfasst die Nutzung der Informationspflicht der Behörden, die nach § 4 (3) BauGB verpflichtet sind, die Gemeinde über erhebliche, insbesondere unvorhergesehene nachteilige Umweltauswirkungen zu unterrichten. Gehen Hinweise auf durch die Planung ausgelöste, unvorhersehbare nachteilige Umweltauswirkungen bei der Planungsgemeinschaft (Geschäftsstelle) ein oder werden Hinweise im Rahmen der Informationspflicht der Behörden abgegeben, so wird diesen nachgegangen.</p> <p>Zur Auswertung der ermittelten Daten werden über die aufgeführten umweltrelevanten Daten hinaus die Ergebnisse der Raumbbeobachtung herangezogen. Bei Bedarf wird innerhalb der Planungsgemeinschaft eine Monitoringkonferenz durchgeführt, um zu ermitteln, welche Relevanz die festgestellten Umweltauswirkungen für den GFNP haben.</p> <p>Die Änderungen der Flächenbilanzen des Gesamtplanes im Zusammenhang mit den laufenden Änderungsverfahren werden als "gesamträumliche Betrachtung" ebenfalls im Rahmen des Monitorings fortgeschrieben.</p> <p>Das aktuelle Monitoring für den Zeitraum 2016 bis 2021 wird im Laufe des Jahres 2024 fertiggestellt (zu diesen Zeitpunkten noch bezogen auf den RFNP).</p>

Gesamtbeurteilung Fazit	In einem überwiegend durch gewerbliche Nutzung vorbelasteten Landschaftsraum soll eine wohnbauliche Nutzung ermöglicht werden. Auswirkungen auf die Schutzgüter Fläche, Luft, Klima, Kultur- und sonstige Sachgüter/Kulturelles Erbe wurden dementsprechend als potenziell nicht erheblich, für das Schutzgut Boden als positiv, gewertet. Auswirkungen auf verfahrenskritische Arten wurden in der vorliegenden Artenschutzprüfung – unter Berücksichtigung von Schutz- und Vermeidungsmaßnahmen – ausgeschlossen. Da der Änderungsbereich aber auch den Entwicklungsraum 2.1 „Im Nierfeld“ des Landschaftsplans der Stadt Essen betrifft und eine schon vorhandene Engstelle des Emscher Landschaftsparks durch die Planänderung in „Wohnbauflächen“ durch für Freiflächen untypische Nutzungsstrukturen potenziell verfestigt wird, sind die Auswirkungen auf das Schutzgut Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, Landschaft insgesamt dennoch als erheblich zu werten. Auch sind aufgrund der potenziellen Einwirkungen, hier durch Straßenlärm, Umweltauswirkungen für das Schutzgut Mensch, Gesundheit, Bevölkerung als potenziell erheblich zu werten. Darüber hinaus sind durch das Änderungsvorhaben keine erheblichen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit zu erwarten. Zurzeit sind keine Risikofaktoren für zu erwartende schwere Unfälle oder Katastrophen ersichtlich.
Hinweise auf Schwierigkeiten / verwendete Verfahren / Bemerkungen / Sonstiges:	Es traten keine Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der umweltrelevanten Informationen auf.

Allgemeinverständliche Zusammenfassung:

Der 0,9 ha große Änderungsbereich liegt im Stadtbezirk IV im Stadtteil Frintrop unmittelbar an der Stadtgrenze zu Oberhausen. Er umfasst die Fläche eines ehemaligen Gartencenters an der Oberhauser Straße, das aus wirtschaftlichen Gründen 2015 aufgegeben wurde und seitdem brach liegt. Derzeit sind ca. 50 % der Grundstücksflächen durch Gebäude, Parkplätze, Wege und Hofflächen versiegelt. Im hinteren, nördlichen Bereich des Änderungsbereichs befinden sich Gewächshäuser und angelegte Pflanzbeete. In den Randbereichen ist eine Anpflanzung durch Bäume und Sträucher vorhanden. Die Siedlungsstruktur im westlichen und südlichen Umfeld ist relativ homogen durch eine Wohnbebauung, bestehend aus freistehenden Einfamilienhäusern und Doppelhäusern geprägt. Im Osten grenzt unmittelbar an den Änderungsbereich eine große Grün- und Waldfläche entlang des Läppkes Mühlenbachs an, die durch Fuß- und Radwege erschlossen ist. Das nördlich gelegene Grundstück wird als Weideland genutzt. Im Gemeinsamen Flächennutzungsplan (GFNP) wird der Änderungsbereich als Fläche für die Landwirtschaft dargestellt. Für den Änderungsbereich besteht durch den rechtskräftigen Bebauungsplan S14 Gr.II Nr.54a-e: „Im Nierfeld, Lebborg, Hexberg“ des Siedlungsverbands Ruhrkohlenbezirk aus dem Jahr 1969 verbindliches Planungsrecht. Der Bebauungsplan setzt den Grundstücksbereich als Fläche für Landwirtschaft im östlichen Bereich bzw. Fläche für Forstwirtschaft im westlichen Teil fest. Zusätzlich enthält der Bebauungsplan die Verbandsgrünfläche Essen Nr. 8 als vermerkte Darstellung. Bei dem rechtskräftigen Bebauungsplan handelt es sich aufgrund der fehlenden Festsetzungen von Art und Maß der baulichen Nutzung und der überbaubaren Grundstücksflächen um einen einfachen Bebauungsplan. Die Fläche des Änderungsbereichs ist als potenzielle Wohnbaufläche im vom Ausschuss für Stadtentwicklung und Stadtplanung (ASP) am 19.11.2015 beschlossenen Konzept „Bedarfsgerechte Flächenentwicklung“ der Stadt Essen enthalten. An dem Standort des ehemaligen Gartencenters an der Oberhauser Straße ist die Realisierung einer Wohnbebauung mit ca. 25 Hauseinheiten geplant. Da sich die geplante Nutzung nicht aus der gegenwärtigen Darstellung des Gemeinsamen Flächennutzungsplans entwickeln lässt, soll eine Änderung in Wohnbaufläche erfolgen. Die vorhandenen Festsetzungen des rechtskräftigen Bebauungsplans stehen der angestrebten Entwicklung einer ergänzenden Wohnbebauung entgegen, daher ist parallel zur GFNP-Änderung die Aufstellung eines Bebauungsplans erforderlich [Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 10/19 „Oberhauser Straße 156 (ehem. Gartencenter)“].

In einem überwiegend durch gewerbliche Nutzung vorbelasteten Landschaftsraum soll eine wohnbauliche Nutzung ermöglicht werden. Auswirkungen auf die Schutzgüter Fläche, Luft, Klima, Kultur- und sonstige Sachgüter/Kulturelles Erbe wurden dementsprechend als potenziell nicht erheblich, für das Schutzgut Boden als positiv, gewertet. Auswirkungen auf verfahrenskritische Arten wurden in der vorliegenden Artenschutzprüfung – unter Berücksichtigung von Schutz- und Vermeidungsmaßnahmen – ausgeschlossen. Da der Änderungsbereich aber auch den Entwicklungsraum 2.1 „Im Nierfeld“ des Landschaftsplans der Stadt Essen betrifft und potenziell eine schon vorhandene Engstelle des Emscher Landschaftsparks durch die Planänderung in „Wohnbauflächen“ durch für Freiflächen untypische Nutzungsstrukturen verfestigt wird, sind die Auswirkungen auf das Schutzgut Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, Landschaft insgesamt dennoch als erheblich zu werten. Auch sind aufgrund der potenziellen Einwirkungen, hier durch Straßenlärm, Umweltauswirkungen für das Schutzgut Mensch, Gesundheit, Bevölkerung als potenziell erheblich zu werten. Darüber hinaus sind durch das Änderungsvorhaben keine erheblichen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit zu erwarten. Zurzeit sind keine Risikofaktoren für zu erwartende schwere Unfälle oder Katastrophen ersichtlich.

Voraussichtliche Umweltauswirkungen sind auf der Ebene der Bebauungsplanung gutachterlich zu prüfen und ggf. durch Mobilitätskonzepte, Lärmschutzmaßnahmen, verkehrslenkende Maßnahmen im Umfeld, Grünflächensicherung etc. zu vermeiden. Um einer Verfestigung der Einengung des Emscher Landschaftsparks entgegen zu wirken, sollte im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung eine Grünzone als verbindendes Element gesichert werden. Um das Eintreten artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände nach § 44 (1) BNatSchG zu vermeiden, sind zudem einschlägige Schutz- und Vermeidungsmaßnahmen im nachgelagerten Bebauungsplanverfahren erforderlich. Um potenziell negative Umweltauswirkungen sowie die Folgen des Klimawandels zu mindern, sollten im nachgeordneten Verfahren vorsorglich Maßnahmen festgesetzt werden, die zur Klimaanpassung gegenüber Hitze und Starkregen beitragen, wie beispielsweise intensive Dachbegrünungen und der Erhalt und die Entwicklung von vernetzten Freiflächen. Für den Änderungsbereich liegen vier Gutachten vor (Landschaftsplanerischer Fachbeitrag mit integrierter artenschutzrechtlicher Prüfung, Hydrogeologisches Gutachten zur Versickerungsfähigkeit, Verkehrsuntersuchung und Lärmgutachten zum V&E Plan). Änderungsbezogene Gutachten oder Studien werden in der Bewertung der Umweltfolgen im parallelen Bebauungsplanverfahren berücksichtigt.

Bei Nichtdurchführung der Planung ist ein Erhalt des bestehenden Zustands zu erwarten. Der derzeitige Umweltzustand wie für die einzelnen Schutzgüter beschrieben, bliebe damit weitgehend erhalten. Die Fläche des ehemaligen Gartencenters liegt seit Jahren brach. Alternative Nutzungen der Änderungsfläche wurden geprüft. Im Rahmen der Vorbereitung der Planung wurde der Standort auch im Hinblick auf seine Lage im Emscher Landschaftspark intensiv erörtert. Ein Rückbau der bestehenden Anlagen und eine Renaturierung des Geländes sind nicht zu erwarten. Ein Ankauf für die Freiraumplanung durch die Stadt ist auf Grund der kommunalen Haushaltslage nicht möglich. Um eine Inanspruchnahme von Freiraum an anderer, funktionsfähigerer Stelle zu vermeiden, soll städtebaulich der bedarfsgerechten Versorgung mit Wohnbauflächen als Folgenutzung des ehemaligen Gartencenters der Vorrang eingeräumt werden.

Stand: 17.05.2024

Referenzliste der Quellen für den Umweltbericht (BauGB Anlage 1 Nr.3 Buchstabe d)

Gesetzliche Grundlagen / Verordnungen / Erlasse / Verwaltungsvorschriften, in der jeweils geltenden Fassung:

- Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)
- Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG)
- Verwaltungsvorschrift zur Anwendung der nationalen Vorschriften zur Umsetzung der Richtlinien 92/43/EWG (FFH-RL) und 2009/147/EG (V-RL) zum Artenschutz bei Planungs- oder Zulassungsverfahren (Runderlass des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz NRW)
- Artenschutz in der Bauleitplanung und bei der baurechtlichen Zulassung von Vorhaben (Gemeinsame Handlungsempfehlung des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr NRW und des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW)
- Gesetz zum Schutz der Natur in Nordrhein-Westfalen (Landesnaturschutzgesetz – LNatSchG NRW)
- Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz – BBodSchG)
- Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV)
- Gesetz zum Schutz und zur Pflege der Denkmäler im Lande Nordrhein-Westfalen (Denkmalschutzgesetz – DSchG)
- Länderübergreifender Raumordnungsplan für den Hochwasserschutz (Bundesraumordnungsplan Hochwasserschutz – BRPH)
- Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushaltes (Wasserhaushaltsgesetz - WHG)
- Wassergesetz für das Land Nordrhein- Westfalen (Landeswassergesetz – LWG)
- Richtlinie 2002/49/EG über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm – Umgebungslärmrichtlinie
- Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz – BImSchG)
- Zwölfte Verordnung zur Durchführung des Bundesimmissionsgesetzes (Störfallverordnung – 12. BImSchV)
- Sechzehnte Verordnung zur Durchführung des Bundesimmissionsgesetzes (Verkehrslärmschutzverordnung – 16. BImSchV)
- Sechste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm – TA Lärm)
- Vierunddreißigste Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über die Lärmkartierung – 34. BImSchV)

- Neununddreißigste Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über Luftqualitätsstandards und Emissionshöchstmengen - 39. BImSchV)
- Klimaanpassungsgesetz Nordrhein-Westfalen (KlAnG)
- Gesetz zur Neufassung des Klimaschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen

Sonstige Datenquellen

- MULNV (Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz)
 - Hochwasserrisiko- und -gefahrenkarten: www.flussgebiete.nrw.de
 - Starkregengefahren-Karte NRW: Geoportal.de
- Geologisches Landesamt Nordrhein-Westfalen:
 - Bodenkarte von Nordrhein-Westfalen im Maßstab 1:50.000 (BK 50)
 - Digitales Informationssystem Bodenkarte, Karte der schutzwürdigen Böden (aktueller Stand)
 - Geotop-Kataster NRW
 - Karte der Erdbebenzonen
- LANUV (Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW),
 - Biotopkataster NRW (aktueller Stand)
 - Erhaltungszustand und Populationsgröße der Planungsrelevanten Arten in NRW (aktueller Stand)
 - Fachbeitrag des Naturschutzes zum RFNP, Themenkarte Freiraum- und Biotopverbund (2009)
 - Fachinformationssystem (FIS / diverse Themen) <https://www.lanuv.nrw.de/landesamt/daten-und-informationsdienste/infosysteme-und-datenbanken>
 - Belastungskarte Ruhrgebiet (2010)
 - Luftreinhalteplan Ruhrgebiet 2011, Stadtgebiet Essen (Stand 2019)
- Regionalverband Ruhr (RVR)
 - Regionalplan Ruhr
 - Klimaanalysekarten, Klimaserver [Regionalverband Ruhr - Klimaserver \(rvr.ruhr\)](http://Regionalverband Ruhr - Klimaserver (rvr.ruhr))
 - FIS Klimaanpassung NRW
 - Handbuch Stadtklima (2010)
 - Realnutzungskartierung (2021)
 - Atlas der Industriekultur Ruhrgebiet (2005)
 - Emscher Landschaftspark 2010/2020+ (2005 / 2014)
- LVR / LWL (Landschaftsverband Rheinland, Landschaftsverband Westfalen-Lippe)
- Fachbeitrag Kulturlandschaft zum Regionalplan Ruhr, (2014)

- Emschergenossenschaft
 - Grundwassermodell (2012)
- Gemeinsamer Flächennutzungsplan Städteregion Ruhr (GFNP, aktueller Stand)
- Stromnetzkarte auf Basis von OSM-Daten flosm.de

Stadtspezifische Datengrundlagen

- Kataster über Altlasten und Flächen mit Bodenbelastungsverdacht der Stadt Essen (aktueller Stand)
- Landschaftsplan der Stadt Essen (April 1992, zuletzt geändert Juli 2015)
- Eingriffs- und Ausgleichskataster der Stadt Essen (aktueller Stand)
- Gutachten zur Verträglichkeit von Störfallbetriebsbereichen im Stadtgebiet Essen unter dem Gesichtspunkt des § 50 BImSchG bzw. der Seveso-III-Richtlinie (Artikel 13), (Oktober 2015)
- Integriertes Energie- und Klimakonzept der Stadt Essen (2009)
- Stadt begegnet Klimawandel – Integrierte Strategien für Essen (Juni 2014)
- Klimaanalyse Stadt Essen (2022)
- Integriertes Klimafolgenanpassungskonzept für die Stadt Essen (2023)
- Überflutungskarte (bezogen auf ein 100jähriges Regenereignis) des Fachbereichs Wasser; Hochwasserrisikokarte

Gutachten

- Landschaftsplanerischer Fachbeitrag (mit integrierter artenschutzrechtlicher Prüfung ASP I) zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 10/19 „Oberhauser Straße 156 (ehem. Gartencenter)“ der Stadt Essen. umweltbüro essen. Bolle und Partner GbR (2023) im Auftrag der SWF Projektbau
- Hydrogeologisches Gutachten zur Versickerungsfähigkeit, BV Oberhauser Straße, Essen (12/2020) im Auftrag der SWF Projektbau GmbH & Co. KG GmbH & Co. KG
- Verkehrsuntersuchung zum V&E Plan "Oberhauser Straße 156 (ehemaliges Gartencenter)" in Essen. RK GmbH (09/2020) im Auftrag der SWF Projektbau GmbH & Co. KG
- Lärmgutachten vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 10/19 „Oberhauser Straße 156 (ehem. Gartencenter)“, Essen. Ingenieurbüro Stöcker (08/2020) im Auftrag der SWF Projektbau GmbH & Co. KG